

Stellungnahme

In den vergangenen Tagen hat der Luxemburger Finanzminister Luc Frieden eine Reihe von Erklärungen abgegeben, welche zu missverständlichen Interpretationen in der Presse geführt haben. Wir möchten daher auf diesem Weg klarstellen, was der erkennbare Standpunkt der Luxemburger Regierung ist und was das für Ihre Kunden bedeutet.

Was hat der Minister gesagt

Luxemburgs Finanzminister Luc Frieden hat auf eine weltweite Umsetzung des automatischen Informationsaustausches in Steuersachen gedrängt und noch einmal Vorwürfe gegen sein Land zurückgewiesen.

„Luxemburg war nicht ein Hafen für Steuerflüchtlinge“, sagte er am Freitag im rbb Inforadio kurz vor den Beratungen der Euro-Finanzminister in Dublin. Die Minister wollen auch über den Kampf gegen die Steuerflucht sprechen.

„Wir haben dem Informationsaustausch auf Anfrage seit 2009 nach OECD-Standard zugestimmt, also gibt es keine Steuerhinterziehung“, sagte Frieden. Wenn nun der internationale Trend in Richtung automatischer Informationsaustausch gehe, werde Luxemburg dem aber folgen.

„Daher sagen wir jetzt: Dieser automatische Informationsaustausch muss dann aber auch wirklich globaler Standard werden“, unterstrich er. „Ich bin noch erstaunt, dass weder G-20 noch OECD bisher diesen Standard international durchgesetzt haben“. In der G-20 sind die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zusammengeschlossen - die OECD umfasst vor allem die Industrieländer.

Klar ist nach Friedens Worten, Luxemburg werde ab 2015 diesem Standard folgen. „Die Bankvertraulichkeit wird dadurch nicht angetastet, das Berufsgeheimnis der Banker bleibt bestehen“, argumentierte er. Aber die Steuerverwaltungen seines Landes würden Informationen über Zinserträge von EU-Bürgern an das Heimatland weitergeben. (Quelle APA/Reuters)

Was wird sich ändern

Ab dem 1. Januar 2015 wird Luxemburg den in der EU Zinsdirektive 2003/48/EC vorgesehenen automatischen Informationsaustausch vornehmen.

Dies hat folgende praktische Konsequenzen:

- Für Kunden, die nicht in der EU ansässig sind (die nicht von der 2003er EU Zinsdirektive betroffen sind), ändert sich nichts.
- Für Kunden, die in der EU ansässig sind und bereits heute die Option „Automatischer Informationsaustausch“ gewählt haben, ändert sich nichts.

- Für Kunden, die in der EU ansässig sind und die Option „Quellensteuer“ gewählt haben, wird noch bis zum 31. Dezember 2014 eine Quellensteuer von 35 % auf Zinserträgen einbehalten. Ab dem 1. Januar 2015 entfällt dann diese Quellensteuer, und stattdessen findet ein automatischer Informationsaustausch mit der lokalen Steuerbehörde des Kunden über Zinserträge statt.

Die EU Zinsdirektive 2003/48/EC behandelt lediglich Zinserträge. Nicht davon betroffen sind reine Aktienanlagen oder Fonds, welche maximal 15 % ihrer Anlagen in Zinsprodukte tätigen

Anlagen

- Pressemitteilung der Luxemburger Regierung vom 10.4.2013
- „Frequently asked Questions“ veröffentlicht am 10.4.2013 vom Luxemburger Finanzministerium



Ministère des Finances

URL: http://www.mf.public.lu/actualites/2013/04/aut_auskunftserteilung_100413/index.html

[Retour vers la page d'origine](#)

Pressemitteilung : Einführung einer automatischen Auskunftserteilung für Zinserträge

Pressemitteilung

Der Luxemburger Finanzplatz ist ein äußerst wichtiger Bestandteil der Wirtschaft des Landes. Sein Erfolg fußt auf dem Dynamismus seiner Finanzinstitute, auf der Vielfalt seiner Produktpalette, auf seiner Internationalität und auf seiner strikten Reglementierung, die sowohl für die Solidität der angesiedelten Finanzinstitute als auch für die Einhaltung internationaler Normen im Kampf gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Steuerflucht bürgt; dies sind Standards die von der Europäischen Union, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OCDE), des Weltforums für Transparenz und Informationsaustausch sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) entwickelt wurden.

Bezugnehmend auf internationale Entwicklungen (FATCA und die Tatsache, dass der Rubik Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz nicht angenommen wurde) sowohl wie zehn Jahre nach der Verabschiedung durch den EU-Rat der Richtlinie (2003/48/EG) im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen, ist es angebracht eine Bestandsaufnahme des Übergangszeitraumes mit Koexistenz von automatischer Auskunftserteilung und Quellensteuer zu tätigen. Obwohl Luxemburg in der Quellensteuer einen optimalen Kompromiss sieht zwischen Schutz der Privatsphäre und effektiver Besteuerung von Zinserträgen, muss es zur Kenntnis nehmen, dass die internationalen Entwicklungen eher auf den automatischen Informationsaustausch hinsteuern.

Die Regierung hat demnach heute beschlossen, zum 1. Januar 2015 und fußend auf dem Anwendungsbereich der 2003-er Zinsrichtlinie, die automatische Auskunftserteilung einzuführen für Zinserträge, die von Luxemburger Finanzinstituten an in anderen EU-Mitgliedsstaaten ansässige Privatpersonen ausgezahlt werden, damit diese nach den Rechtsvorschriften letzterer Mitgliedstaaten effektiv besteuert werden, bei gleichzeitigem Schutz ihrer steuerlich nicht relevanten Daten.

Die Steuergesetzgebung betreffend Zinserträge, die an in Luxemburg ansässige Privatpersonen ausgezahlt werden, bleibt unverändert; diese Zinserträge bleiben einer Quellensteuer von 10 % unterworfen, bei gleichzeitigem Beibehalt des Bankgeheimnisses in seiner heutigen Form.

Ein bilaterales Abkommen, das zurzeit zwischen den Regierungen Luxemburgs und der Vereinigten Staaten von Amerika verhandelt wird, wird die steuerliche Behandlung von amerikanischen Staatsbürgern oder von in den Vereinigten Staaten von Amerika ansässigen Privatpersonen festlegen.

Die steuerliche Behandlung von Zahlungen an Privatpersonen, die in Drittländern ansässig sind, bleibt unverändert und wird geregelt durch bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Luxemburg und diesen Drittländern.

Diese Entscheidung der Luxemburger Regierung erwächst aus dem Dialog, den wir über Jahre mit unsern Partnern geführt haben sowie aus unserer Analyse der künftigen Ausrichtung der internationalen Finanzwelt. Die heutige Entscheidung ist ein Meilenstein in der Weiterentwicklung des Luxemburger Finanzplatzes als modernes und transparentes Zentrum; sein Schutz der Privatsphäre, sein internationaler Charakter sowie die Vielfalt seiner Produktpalette ist heute und wird in Zukunft für Kunden in der ganzen Welt Garant eines hochwertigen Service sein.

FREQUENTLY ASKED QUESTIONS

INTRODUCING AUTOMATIC EXCHANGE OF INFORMATION IN LUXEMBOURG

1. What does automatic exchange of information mean?

Financial institutions (mostly banks) in Luxembourg will transmit the information foreseen in the EU Savings Directive 2003/48/EC to the *Administration des Contributions Directes* which is the Luxembourg Revenue Service for direct taxation. This administration will then confidentially transmit the information to the corresponding revenue service in the EU Member State in which the beneficial owner is a resident.

Automatic exchange of information in tax matters is strictly limited to an exchange of information among competent government tax authorities. Professional secrecy will continue to be applicable.

2. Why does Luxembourg decide to introduce exchange of information now?

The evolution towards automatic exchange of information as an emerging international standard has been a long process. Until recently, Luxembourg insisted on the arrangement of the EU Savings Directive by which automatic exchange and the withholding tax co-existed. In 2009, right after the financial crisis erupted in 2008, exchange of information upon request according to OECD standards was internationally adopted. Luxembourg has been in this context more specifically considered to be "*a jurisdiction that has substantially implemented the internationally agreed tax standard*". Automatic exchange of information was not, until recently and although strongly advocated by some, the general standard for effective fight against tax fraud and evasion.

However, and although the Luxembourg Government still considers the withholding tax to be a most effective instrument to guarantee effective taxation and client privacy, dialogue with its partners has shown that international developments, such as FATCA and the failure of the Rubik agreement between Germany and Switzerland, point to a broader use of automatic exchange of information in tax matters.

Hence, ten years after the adoption of the EU Savings Directive and given these developments in tax transparency, the Luxembourg Government has therefore decided to end the transitional period foreseen in the EU Savings Directive and to introduce automatic exchange of information on 1 January 2015.

Luxembourg will effectively apply the following mechanisms as of fiscal year 2015:

- Automatic exchange of information as defined in EU the Savings Directive within the EU and applicable to interest paid to individuals resident in an EU Member State other than the one where interest is paid;
- Exchange of information upon request as agreed in double-tax treaties with third countries;
- Other bilateral arrangements with third countries, ie as currently negotiated with the US with respect to the implementation of FATCA;
- Withholding tax for Luxembourg residents as currently applicable.

The date of 1 January 2015 coincides with the date of entry into force of the Council Directive 2011/16/EU on administrative cooperation in the field of taxation and Council

FREQUENTLY ASKED QUESTIONS

INTRODUCING AUTOMATIC EXCHANGE OF INFORMATION IN LUXEMBOURG

Directive 2010/24/EU concerning mutual assistance for the recovery of claims relating to taxes, duties and other measures.

3. Will Luxembourg now agree to the mandate for negotiation for the European Commission (EU Savings Directive)?

The mandate remains imprecise in its wording, especially with respect to the scope and objective. The issue of level playing field was also never adequately taken into account. As in other discussions that touch on the general competitiveness of the internal market and the problematic of capital flight outside the EU (ie FTT), Luxembourg remains cautious in discussions that do not diligently address these serious risks. Luxembourg will therefore favor a mandate which would be ambitious to the point of achieving level playing field with competing financial centers outside the EU.

4. Is the Government's decision a consequence of the FATCA negotiations?

FATCA is certainly a key development in this respect that Luxembourg has taken into account and is dealing with on a bilateral basis with the USA. Today's decision must however be seen in the spirit and terms of the 10 year old EU Savings Directive, thus strictly limited to savings income in the form of interest payments on debt claims and applicable only to EU residents.

5. What type of information will be exchanged with other foreign tax authorities?

The information to be exchanged is defined in article 6 of the EU Savings Directive and is limited to information regarding savings income in the form of interest payments on debt claims.

6. Will this have a negative impact on wealth management in Luxembourg?

Wealth management in Luxembourg is based on key assets like its international orientation, sophisticated and diversified products and multilingual service. Professional secrecy, confidentiality and data protection will remain important pillars for wealth management in Luxembourg.

Beside this, its AAA sovereign rating, the high solvency ratios of the banks as well as the political stability and predictability of the legal environment are particularly appreciated and will continue to attract investors from all over the world. The introduction of automatic information exchange in its bilateral relations with all EU Member States will further enhance Luxembourg's position as a stable, modern and transparent financial center.

7. What are the main reasons for non-resident clients to use Luxembourg for financial services in the future?

Non-resident clients use Luxembourg as a hub for investments in Europe and beyond. Luxembourg has over the past decades developed an international financial center in the euro zone which is characterized by its highly-skilled workforce, its international expertise, its marked innovative spirit as well as ever-evolving high standards in tax transparency and anti-money laundering legislation. Political stability, the solidity of its banking sector, the international orientation of the wealth management and investment fund sectors as well as

FREQUENTLY ASKED QUESTIONS

INTRODUCING AUTOMATIC EXCHANGE OF INFORMATION IN LUXEMBOURG

the efficiency of its supervisory framework and mechanisms make it stand out as an excellent and diversified financial sector which attracts clients from all over the world.

8. Is this in reaction to the international pressure in the aftermath of the Cyprus crisis and the publication of the “offshore leaks”?

Decisions of this importance have a preparatory phase that extends back far longer than those two very recent events. It is the result of a process of reflection and consultation, both with key actors in and outside of Luxembourg.

In the past months the Minister of Finance has started to share the thinking process in interviews, conferences and bilateral talks with partners abroad, thus pro-actively preparing, as smoothly as possible, the transition such a development implies. Recent events in Cyprus and the publication of “offshore leaks” have not impacted that thinking process but rather added certain acuteness to the context that Luxembourg finds itself in today.

Ministry of Finance
Luxembourg
10 April 2013